

Schriftleitung:
 Rathausgasse Nr. 5.
 Perun Nr. 21

Spezialhand: Täglich (mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage von 11-12 Uhr vorm.)
 Handarbeiten werden nicht zurückgegeben, namentlich Einzeichnungen nicht berücksichtigt.

Ankündigungen:
 nimmt die Verwaltung gegen Berechnung der billig festgesetzten Gebühren entgegen.
 Bei Wiederholungen Preisnachlass.

Die „Deutsche Wacht“ erscheint jeden Samstag abends.

Postverfassung Nr. 26.000

Deutsche Wacht

Verwaltung:
 Rathausgasse Nr. 5
 Perun Nr. 21

Bezug:
 Durch die Post bezogen:
 Vierteljährig . . . K 3.00
 Halbjährig . . . K 6.00
 Ganzjährig . . . K 12.00

Bei Kasse mit Postrechnung und Post:
 Vierteljährig . . . K 3.00
 Halbjährig . . . K 6.00
 Ganzjährig . . . K 12.00

Preis Ausland erhöhen sich die Bezahlungswegen um die höchsten Befreiungswerten.

Abgelieferte Abonnements gelten bis zur Abbestellung.

Nr. 4 | Gili, Samstag den 26. Jänner 1918. | 43. Jahrgang.

Anfrage

der Abgeordneten **R. Marchl, J. W. Dobernig, Josef U. Graf Barbo und Genossen an Se. Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten**
 betreffend

die Haltung der Regierung gegenüber den südslawischen Bestrebungen und der zu ihrer Verwirklichung betriebenen Agitation.

Seitdem sich die führende slowenische Politik auf die staatsrechtliche Erklärung vom 30. Mai 1917 und die darin gegen den Bestand der Monarchie und die Interessen des Deutschthums im Süden gerichteten Bestrebungen eingerichtet hat, begann die slowenische Presse, voran die klerikalen Zeitungen „Slovenec“, „Slovenski Gospodar“, „Straza“ und der liberale „Slovenski Narod“ eine Agitation, durch die einerseits in den breiten slowenischen Bevölkerungsschichten gegen die in den südblichen Teilen wohnenden Deutschen und andererseits für die als Minimalprogramm hingestellten staatsrechtlichen, in Wirklichkeit staats- und monarchiefindlichen Bestrebungen Stimmung gemacht werden soll. Diese von allen Kreisen der slowenischen Intelligenz betriebene Agitation wird ungeachtet dessen, daß sie das Maß des Erträglichen und Zulässigen weit überschreitet, von der Regierung nicht nur geduldet, sondern indirekt sogar gefördert, indem sie — zum Beispiel — unter dem Beifall der Vertreter der politischen Behörde gefaßt, der staatsrechtlichen Erklärung zustimmende Beschlüsse der Bezirksausschüsse ohne Widerspruch duldet. Bei dieser Agitation handelt es sich darum, die breiten Bevölkerungsschichten, die sich, wofür zahlreiche Kundgebungen aus dem Hinterlande und den Schützengräben vorliegen, gegenüber den verderblichen, unpatriotischen Treibereien derzeit noch ablehnend verhalten; für die politischen Ziele der slowenischen Führerschaft zu gewinnen. In diese empörende Verhegung werden nicht nur die wirtschaftlichen Angelegenheiten hineingezogen, um die schon durch viele Jahrhunderte währenden gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen — wohl zum Schaden beider Teile — zu führen, sondern es wird auch versucht, in gewissenloser Weise gegen einzelne Stände und Berufsgruppen, insbesondere gegen den deutschen Beamtenstand unverhüllt zu Mißtrauen und Haß aufzureizen.

An dieser Verhegung beteiligt sich auch unter anderem offen die Mehrheit der südslawischen Eisenbahner in einer Weise, die schon vor dem Kriege schwere Bedenken ausgelöst hat und bei Kriegsbeginn die Verhegung zahlreicher agitatorischer Elemente aus diesem Kreise in Stationen, in denen die Betätigung ihrer Gesinnung mit unmittelbaren Gefahren für die Kriegsführung nicht mehr verbunden war, als geboten erscheinen ließ.

Von welchem Geiste diese Elemente beseelt sind, ergibt sich aus den verschiedenen, in ihren Fachblättern erschienenen politischen Aufsätzen und wohl auch aus der in der in Marburg a. d. Drau am 8. und 9. Dezember 1917 stattgehabten Versammlung südslawischer Eisenbahner gefaßten Entschlie-
 Sie lautet: „Die Vertreter der Mehrheit der südslawischen Eisenbahner aller Kategorien, versammelt in Marburg am 9. Dezember 1917, begrüßen feierlich die Deklaration vom 30. Mai 1917 und stimmen derselben unbedingt in vollem Umfange bei. Der südslawische Klub hat uns allen aus dem Herzen gesprochen, als er diese für uns historische Erklärung abgegeben hatte. Nur dann, wenn sich diese in der Deklaration verzeichnete minimalste Pro-

gramm in vollem Umfange erfüllt, werden die Eisenbahner in der Tat auf unserem Boden ihrem richtigen Zwecke, nämlich der Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Kraft der südslawischen Nation, dienen. Wir brauchen nicht zu beweisen, daß gerade die Eisenbahner mit ihrem größtenteils deutschem Dienstpersonal die größte Gefahr für unseren völkischen und wirtschaftlichen Bestand bilden. Deshalb fordern wir den südslawischen Klub auf, daß er um keinen Preis und unter keiner Bedingung von diesem so klar gezeichnetem Wege in die schönere Zukunft der südslawischen Nation abweicht. Wir und mit uns die gesamte südslawische Nation stehen fest und unerschütterlich hinter dem südslawischen Klub. O, daß doch bald für die südslawischen Eisenbahner die Strahlen der goldenen Freiheit aufleuchten mögen.“

Den wahren Sinn dieser Entschlie-
 ihren von Haß gegen das Deutschthum erfüllten Geist des näheren zu erläutern, wäre überflüssig. Er bleibt wohl kaum hinter jenem zurück, der in den Heftartikeln der erwähnten Presse seine Orgien feiert. Kennzeichnend für das Verderbliche dieser Verhegung ist der Umstand, daß selbst ein Mitglied des k. k. Strafanstaltspersonals von Capo d'Istria, das sich derzeit in Marburg befindet; Unterschriften für die staatsrechtliche Erklärung vom 30. Mai 1917 sammelt.

Ueber diese Erscheinungen darf man sich nicht wundern, denn sie sind gedeckt durch die schirmenden Fittiche der parlamentarischen Vertretung der Südslawen, der slowenischen Geistlichkeit mit dem Bischof von Laibach Dr. Jeglitsch an der Spitze, dann des slowenischen Mittelmannes im gegenwärtigen Kabinett, des Ministers Dr. Ivan Ritter von Zolger, mit seinem von den nationalen und politischen Ideen der südslawischen Führerschaft erfüllten Präsidialisten. Nicht zuletzt findet dieser Geist seine Förderung in einer durch eine mehr kluge als aufrichtige Taktik hervorgerufene wohlwollende Auffassung auf Seite der nur nach dem Verhalten des loyalen, insbesondere in der Front stehenden Teiles der slowenischen Bevölkerung urteilenden, über die wahren Absichten der slowenischen Führerschaft nicht genügend unterrichteten maßgebenden Faktoren.

Wenn wir von dem Geiste sprechen, welcher von den parlamentarischen Vertretern der Südslawen ausgeht, so genügt es an die verschiedenen im hohen Hause gehaltenen Reden und abgegebenen Erklärungen des Obmannes des Südslawenklubs, des Abg. Dr. Korosec, insbesondere aber an seine Rede vom 9. November 1917 zu erinnern, in welcher er den Minister des Aeußern aus Anlaß der Besprechung der polnischen Frage heftig angriff. Diese Rede klang in den höchst bezeichnenden, von der Zensur in den deutschen Blättern unterdrückten, dagegen in den slowenischen Blättern zugelassenen Satz aus: „Eine Abtrennung Galiziens ohne gleichzeitige Lösung des südslawischen, böhmischen und ruthenischen Problems müßte uns im gegenwärtigen Momente eine sehr ernste Frage aufwerfen: Müßten denn dann unsere Soldaten noch weiter für ihre eigenen Bedrücker kämpfen? Müßte das Volk im Hinterlande noch weiter leiden, damit dann diesem Volke der Tod gebracht wird? — Wir wünschen, daß uns darauf klar geantwortet werde!“

In dieser Wendung steht also der Abg. Dr. Korosec für den in seiner Erklärung erwähnten Fall, daß sie nach unserer festen Ueberzeugung gegen die Einheit und den Bestand des Staates, gegen die nationale und wirtschaftliche Existenz eines Teiles des deutschen Volkes in Oesterreich und gegen den Dualismus gerichteten staatsrechtlichen Forderungen der südslawischen parlamentarischen Vertretung nicht gleichzeitig mit der Lösung der polnischen Frage erfüllt werden, es in Frage, ob die Soldaten slowenischer, kroatischer und serbischer Nationalität noch

weiter ihre Pflicht erfüllen und für die Verteidigung der Monarchie kämpfen sollen.

Man wird nicht zu weit gehen, wenn man darin die indirekte Aufforderung erblickt, die Gehorsamspflicht und die Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes gegebenen Falles zu verweigern. Wird dies auch von einer Voraussetzung abhängig gemacht, so mag dies das Gefährliche und Verwerfliche derartiger Äußerungen durchaus nicht abzuschwächen, dies umsoweniger, als diese Voraussetzung in der selbstverständlichen Nichterfüllung zweifellos gegen das Lebensinteresse des Staates und des deutschen Volkes in Oesterreich gerichteten Forderungen besteht.

Man stelle dem nur das in der Öffentlichkeit viel besprochene verräterische Verhalten des k. k. Oberleutnants und Mittelschullehrers, des Slowenen Pivko in Marburg a. Dr. gegenüber, das vielen braven (auch steirischen) Soldaten das Leben gekostet hat.

Von der Regierung, der pflichtgemäß die Wahrung der Interessen des Staates obliegt, wurde die erwähnte Äußerung des Abg. Dr. Korosec, die sich als eine unerhörte Drohung darstellt und deren Gefährlichkeit leicht in ihrer Wirkung auf die Stimmung eines Teiles der Armee und auf das feindliche Ausland zum Ausdruck kommen kann, nicht zurückgewiesen.

Geradezu kennzeichnend für die Art und Weise, wie das Volk verhegt und aufgewiegelt wird, ist das Vorgehen bzw. die Versammlungstätigkeit des Abg. Dr. Korosec, welcher in maßloser Ausnutzung seiner priesterlichen Stellung in Jungfrauenversammlungen, in welchen unter anderen vorgeäußert wird, daß es dann, wenn alle Südslawen in einem Reiche vereinigt würden, billigere Waren geben werde, Frauen und Mädchen in die südslawische Bewegung hineinanzuziehen versucht. Für die von den Volkswiegern veranfaßten Sammlungen von Unterschriften für den südslawischen Staat werden auch die Mädchen von 10 Jahren an herangezogen. Auch wird in den erwähnten Versammlungen in empörender Weise Stimmung gegen das Deutsche Reich und unsere Bündnispolitik gemacht.

Wenn wir des Bischofs Dr. Jeglitsch Erwähnung tun, so geschieht es deshalb, weil sich dieser kirchliche Würdenträger in vollster Verkennung der ihm als katholischen Priester und als österreichischen Kirchenfürsten im allgemeinen und insbesondere auch dem deutschen Teile seiner Diözesanangehörigen gegenüber obliegenden Pflichten, nicht nur den erwähnten staatsfeindlichen Bestrebungen angeschlossen, sondern auch in einer zum Widerspruch herausfordernden Weise mit seinem von einseitig nationalem Geiste erfüllten Klerus in den Dienst einer aggressiven Agitation gestellt hat. Wenn dieser Kirchenfürst schon seinerzeit durch eine die gebotene Schamhaftigkeit sich hinwegsetzende und den Mangel jeglichen Empfindens für die das in dieser Richtung Zulässige und Schickliche bekundende Behandlung des heiklen sexuellen Themas höchst unliebsames Aufsehen erregt hat, so fordert sein gegenwärtiges Verhalten, dem der Entschuldigungsgrund mangelnder universeller Eignung zu seinem hohen Amte nicht zukommen kann, zur schärfsten Zurückweisung heraus. Wenn er sich dazu versteigt, zu betonen, daß es „ohne die Befreiung der österreichischen Slowenen, Kroaten und Serben aus der deutschen und ungarischen Unabhängigkeit keinen Frieden und keine Gerechtigkeit geben könne“, so kennzeichnet dies zur Genüge die Anschauungen dieses Mannes, der dem politischen und nationalen Kampf den Vorrang vor den christlichen Grundsätzen von der Friedensliebe, Duldsamkeit und Nächstenliebe einräumt. Auch für ihn und seine Unterjungen muß eine Grenze gezogen sein, soll nicht den Deutschen in diesem Staate der Glaube an die Autorität des Staates und an

die Untauglichkeit der katholischen Einrichtungen verloren gehen. Ersteres ist aber auch schon deshalb zu befürchten, weil alles dies unter der Regide eines k. k. österreichischen Ministers, des Dr. Ivan Ritter von Folger geschieht, der unbestrittenemassen unter Beobachtung auf seine nationale Zugehörigkeit in den Rat der Krone berufen wurde. Es sei ferne von uns, seinem nationalen Denken und Fühlen nahezu treten zu wollen. Allein, es ist nicht artig und muß zu begründeten Zweifeln an der Unparteilichkeit und dem Staatsgeiste seiner Amtsführung Anlaß geben, wenn er seiner Gesinnung in der Weise Ausdruck gibt, wie es aus einer Mitteilung erhellt, die in verschiedenen Blättern die Runde gemacht hat und die seither, trotzdem hierzu genügend Gelegenheit geboten war, nicht widerlegt worden ist.

Sie lautet: „Die „Slovenska Matica“ in Laibach, ein literarischer Verein, der für seine Mitglieder alljährlich Schriften meist schöngeistigen Inhaltes herausgibt, hat im Jahre 1914 unter anderen Büchern den Roman „Gospodin Franje“ verlegt. Dessen Verfasser, der pensionierte Hauptmann-Rechnungsführer Franz Maselj, genannt Podlimbarski, ist vor kurzem gestorben. Dieser Roman wurde von der Staatsanwaltschaft Laibach nach Kriegsausbruch wegen Verbrechens des Hochverrats und wegen Vergehens der Aufwiegelung beschlagnahmt. Das Landesgericht Laibach hat die Beschlagnahme bestätigt und in den Gründen unter anderen ausgeführt: Der Roman hat eine ausgesprochene politische Tendenz. Darin wird ausführlich geschildert, daß die Okkupation Bosniens und der Herzegovina durch die Monarchie dem Lande alles eher als Segen und die Bevölkerung in ein noch größeres Elend gebracht habe. Anschaulich wird durch offenbar falsche, erdichtete Tatsachen die trasse Korruption der Zivil- und Militärbehörden geschildert und die einheimische Bevölkerung gegen diese Behörden aufzureizen gesucht. Insbesondere werden die angebliche Bedrückung des serbischen Teiles der Bevölkerung hervorgehoben und revolutionäre Bewegungen der Serben in Bosnien und der Herzegovina mit einer Reihe sympathischer Bemerkungen gutgeheißen. Dadurch wird aber auf die Losreißung der annektierten Länder hingearbeitet.“ — Wegen der Herausgabe des Romans wurde der Verein „Slovenska Matica“ nach Kriegsbeginn behördlich aufgelöst und sein nicht unbeträchtliches Vermögen unter Zwangsverwaltung gestellt. Nach dem Zusammentritt des Reichsrates hat die Regierung die Verfügung zurückgezogen und das Vermögen dem ehemaligen Vorstand unter Erteilung einer Verwarnung zurückgestellt. Nun wird unter den Slowenen für jenen „verfolgten“ Verein gesammelt. Jeder wahre Slowene wird aufgefordert, sein Scherflein beizutragen, „der Matica zum Nutzen und Podlimbarski zur Ehre.“ Dieser Aufforderung hat als einer der ersten mit einer Spende von 100 K. entsprechen Herr Dr. Ivan Ritter von Folger, k. k. österreichischer — Minister.“

Hier handelt es sich nicht um müßigen Klatsch, denn slowenische Blätter selbst begrüßen diese auffällige Spende.

Aber ganz abgesehen von dieser für einen österreichischen Minister höchst eigenartigen Betätigung zur Ehre des Verfassers eines von der zuständigen Behörde als hochverräterisch stigmatisierten Romanes, sehen sich die Befertigten in pflichtgemäßer Wahrung der von ihr vertretenen Interessen des deutschen Volkes in Desterreich veranlaßt, auf das Unhaltbare in der Stellung dieses Ministers hinzuweisen. Wie soll die Staatsautorität gewahrt und unberührt bleiben, wenn einerseits die politische Führerschaft der Slowenen sich gegenüber dem Staate in der schärfsten Opposition befindet, gegen den Bestand der Monarchie und die Interessen des staatsbehaltenden deutschen Elementes gerichtete, von unnatürlichen Machtgelüsten eingegebene politische Ziele verfolgt und unter Ausnützung der ihr durch eine ungehemmte Propaganda und durch die slowenische Geißlichkeit zur Verfügung stehenden Machteinflüsse eine die innere Ruhe gefährdende Tätigkeit entwickelt, andererseits aber eine Persönlichkeit unter Beobachtung auf ihre Zugehörigkeit zur erwähnten Nation mit einem Ministerposten betraut ist, die durch ihre anherliche Passivität nicht nur jenes Verhalten zu billigen scheint, sondern sich in der erwähnten Weise und bei der Auswahl ihrer sämtlichen Organe eine Gesinnung bekundet hat, die das allergrößte Mißtrauen auslösen und nähren muß.

Wie sehr dieses Mißtrauen begründet ist, beweisen verschiedene, seit dem Amtsantritte dieses Ministers in der Öffentlichkeit besprochene Regie-

rungsakte, die sich über die berechtigten Wünsche der Deutschen des Südens hinwegsetzen, ja sich direkt gegen deren Interessen richten und auf die Einflussnahme dieses Ministers zurückgeführt werden.

Die von der deutschen parlamentarischen Vertretung vorgebrachten Vorstellungen und Beschwerden blieben unberücksichtigt, wozu wohl auch beitragen mag, daß ihre in pflichtgemäßer Wahrung der Interessen ihrer Wählerschaft unternommenen Abwehrmaßnahmen von der nationalen Gegnerschaft in heuchlerischer Umkehrung der Tatsachen als Denunziationen und als Ausfluß nationaler Verheerung, Bedrückung und dergleichen hingestellt und von den nicht genügend eingeweihten zuständigen Stellen als solche aufgefaßt werden.

Die slowenische Führerschaft versteht es, wie ihr ganzes Verhalten und ihre verschiedenen im hohen Hause eingebrachten Anfragen, insbesondere jene vom 7. Juli 1917 beweisen, ausgezeichnet, einerseits ohne Scheu vor Verdächtigungen und Verunglimpfungen jeglicher Art Vorkommnisse, die sich in der Person ihrer nationalen Agitatoren zutragen und als Reaktionserscheinungen einer schrankenlosen nationalen Heftigkeit erklärlich und begreiflich sind, dahin auszunützen, um das slowenische Volk als unterdrückt und verfolgt hinzustellen und der von ihr vorgebrachten Beschwerden unter Ausnützung des loyalen Verhaltens der breiten Schichten der slowenischen Bevölkerung einen willkommenen Hintergrund zu geben. Andererseits versteht sie es unter Duldung der Regierung diese Verheerung der breiten Volksschichten womöglich noch im verstärkten Maße fortzuführen und die erwähnten Reaktionserscheinungen unter Irreführung der maßgebenden Kreise über die wahren Endziele ihrer Politik für ihre Zwecke auszunützen.

Dem sollen wohl auch die über ihre Beschwerden eingesetzten Ministerialkommissionen insofern dienen, als sie ihre Erhebungen nur auf die den Gegenstand der Beschwerden bildenden Vorkommnisse beschränken, nicht aber auch auf jene Tätigkeit noch unmittelbar vor und nach Kriegsbeginn Bedacht nehmen sollen, die eben infolge der gegen den eigenen Staat und seine Vertretung nach außen bekundeten illoyalen Stimmung die tiefste Empörung und Erregung beim loyalen Teile der Bevölkerung ausgelöst hat.

Wir begnügen uns auf die Charakterisierung dieser Tätigkeit in einem im „Slovenski Narod“ vor kurzem veröffentlichten Rundschreiben des Landeshauptmannes von Krain, Dr. Sustercic, vom Juli 1914 zu verweisen. Dieses Schreiben lautet: „Es besteht kein Zweifel, daß die verbrecherische großserbische Verschwörung auch auf slowenischem Gebiete am Werke ist und das treue slowenische Volk seinem Glauben und Desterreich zu entfremden versucht. In diesem Sinne sind verschiedene Blätter tätig, die die Entchristlichung des slowenischen Volkes und dessen Vergiftung mit dem großserbischen Nationalismus bezwecken. Es handelt sich um eine Verschwörung gegen den Bestand des katholischen slowenischen Volkes! Wir wenden uns an alle unsere Vertrauensmänner mit der dringenden Bitte, dieser Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit zu widmen und über alles, was sie erfahren, unverzüglich dem Sekretariate der slowenischen Volkspartei in Laibach zu berichten. Insbesondere sind Mitteilungen über folgende Punkte erwünscht: 1. Ist in Ihrem Orte irgend eine Erscheinung im Sinne des Großserbentums zu bemerken? 2. Werden in Ihrem Orte schlechte Blätter verbreitet? Von wem? 3. Wer ist in Ihrem Orte Bezücker einer schlechten Zeitung als „Slovenski Narod“, „Dan“, „Nas Glas“, „Slovenski Dom“, „Uteletski tovaris“ usw.? Wir ersuchen um sofortige Beantwortung dieser Fragen, damit die Parteileitung rechtzeitig alle erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen kann.“

Eine derart gekennzeichnete staatsfeindliche Tätigkeit — wie es geschieht — in das Kleid bloßer national-kultureller und wirtschaftlicher Bestrebungen zu hüllen und die Gesinnung des loyalen Teiles der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen, um dadurch die wahren Ziele jener Bewegung, die nur den Vorläufer der gegenwärtigen bildet, zu verschleiern, ist die Kunst, die der slowenischen Führerschaft in hohem Maße eigen ist und der die Regierung in ihren bisherigen Verhalten gegenüber allen gegenwärtigen Erscheinungen nicht im geringsten Rechnung getragen hat, wie es ja auch der Regierung entgangen zu sein scheint, daß sich die parlamentarische südslawische Vertretung mit der tschechischen Führerschaft in dem Bestreben, die Stellung der Monarchie durch innere Wirren und durch Störung der im Auge befindlichen Verhandlungen zur Herbeiführung eines Friedens mit Rußland zu

erschweren und ihre durch den blutigen Abwehrkampf bedingte Zwangslage für umstürzlerische Machtbestrebungen auszunützen, offen verbunden hat. Daß diese Lage eine unerträgliche ist, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Indem sich die Befertigten ihre weitere Stellungnahme zu der passiven, ja entgegenkommenden Haltung der Regierung gegenüber der die Interessen der Monarchie und des deutschen Volkstumes in Desterreich schwer beeinträchtigenden südslawischen Opposition vorbehalten, richten sie an Se. Erzellenz den Herrn Ministerpräsidenten folgende Anfrage:

1. Hat Se. Erzellenz von der die Interessen des Staates und die innere Ruhe gefährdenden, gegen das südländische Deutschland gerichteten, den Rahmen der geltenden Gesetze weit überschreitenden Verheerung der ohnehin schon unter den Ernährungsvorsorgen schwer leidenden Bevölkerung Kenntnis?
2. Was gedenkt Se. Erzellenz zu verfügen, um dieser Verheerung unverzüglich Einhalt zu tun?
3. Wie findet Se. Erzellenz in Anbetracht der geschilderten Verhältnisse die Stellung des unter Beobachtung auf seine nationale Zugehörigkeit in das gegenwärtige Kabinett aufgenommenen Ministers Dr. Ivan Ritter von Folger mit den Pflichten einer unparteiischen, die Interessen des Staates und der in ihm vereinigten Völker gleichmäßig wahren Regierung vereinbarlich?

Wien, am 22. Jänner 1918.

Rede des Abg. Marchkl gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen der Südslawen

gehalten im Abgeordnetenhaus am 22. Jänner 1918.

Hohes Haus! Die alpenländische Vereinigung deutschnationaler Abgeordneter hat der von dem Abgeordneten Kollegen Dr. Waldner heute hier im hohen Hause abgegebenen Erklärung ihrem vollen Inhalte nach zugestimmt und es freut mich, hier feststellen zu können, daß hinsichtlich der politischen und nationalen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der von uns vertretenen Wählerkreise und Gebiete und hinsichtlich der Abwehr gegen alle auf ihre nationalen Rechte gerichteten Angriffe nicht nur unter den deutschnationalen Abgeordneten der Alpenländer, sondern auch unter der Gesamtheit der deutschnationalen Vertretung die vollste Einmütigkeit herrscht. Ich habe die Ehre, im Rahmen der vom Kollegen Dr. Waldner heute abgegebenen Gesamterklärung im Namen der alpenländischen Vereinigung folgende Erklärung abzugeben:

„Ueberzeugt, daß das deutsche Volk in Desterreich nicht nur durch die geschichtliche Entwicklung, sondern auch durch die ihm gemeinsam mit den übrigen Völkern des Donaureiches bestimmte kulturelle und wirtschaftliche Sendung mit der Monarchie zu einer Schicksalgemeinschaft verbunden ist, lehnen wir alle Bestrebungen, die sich über diese natürliche Bestimmung, über die Einheit und Bestandmöglichkeit des Staates sowie über die Lebensinteressen des deutschen Volkes hinwegsetzen und die weiters in völliger Verneinung der aus der staatlichen Völkergemeinschaft erwachenden Pflichten, die Souveränität des eigenen Volkes an die Stelle jener des Staates setzen wollen, ebenso ab, wie wir uns gegen die an dem Bündnis mit dem Deutschen Reiche rüttelnden Treibereien verwahren.“

Die alpenländischen Deutschen erblicken in der südslawischen staatsrechtlichen Forderung eine Bedrohung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen des gesamten Deutschvolkes in Desterreich, insbesondere seines Rechtes auf ungehinderte Benützung des Adria- und Donauweges und auf Ausgestaltung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu den Balkangebieten und dem ferneren Orient. Sie erblicken darin aber auch das Bestreben nach nationaler und wirtschaftlicher Entzweiung und Unterjochung des südländischen Deutschstums.

Wir können unter Wahrung des den Deutschen Desterreichs vermöge ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der von ihnen einst und jetzt gebrachten ungeheuren Opfern an Gut und Blut zukommenden Einflusses auf die innere Führung und äußere Vertretung des Staates jedem Volke jene Entwicklung, die durch seine Bedürfnisse und durch die Rücksichtnahme auf die Interessen des Staatsganzen und der übrigen Völker bedingt ist,

nehmen aber diese Entwicklungsmöglichkeit auch für das deutsche Volk in Anspruch.

Wir werden daher, ausgehend von diesem Grundgedanken und von dem Gebote, daß kein Glied unserer Volksgemeinschaft und keine Scholle unseres Bodens preisgegeben werden darf, alle sich darüber hinwegsetzenden Bestrebungen und jeden von wem und in welcher Form immer unternommenen Versuch, sie in ihrer Gänze oder auch nur teilweise zu verwirklichen, bis zum äußersten bekämpfen. Sie mit Hilfe der äußeren Feinde unter Ausnutzung der durch blutigen Abwehrkampf bedingten Zwangslage expressen zu wollen, erklären wir als ein mit dem Begriffe der Volksehre unvereinbarliches Unterfangen."

Indem ich dem hohen Hause diese Erklärung der alpenländischen Vereinigung zur Kenntnis bringe, möchte ich doch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne nicht auch gegen die unerhörte Verhöhnung der Bevölkerung Stellung zu nehmen, die in unverantwortlicher Weise von den Einseitigern der südslawischen staatsrechtlichen Bestrebungen sowohl im Laien- als auch im Priesterkleide, in der Presse und in den Versammlungen getrieben wird. Ich lege hier mit aller Entschiedenheit Protest ein gegen diese unerhörte Art der Verfechtung von politischen Forderungen, die sich nach unserer festen Ueberzeugung, aber auch nach den Anschauungen der Regierung, wie wir heute aus der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten entnommen haben — die südslawischen Bestrebungen sind in dieser Richtung ganz gleich den tschechischen Bestrebungen — gegen den Bestand der Monarchie richten und auf die volle nationale und wirtschaftliche Entrechtung des südslawischen Deutschlands abzielen. Ich lege hier über Ersuchen der deutschen Gemeinwesen des Unterlandes lebhaften Protest ein dagegen, daß man die ohnehin schon von Nahrungs- und Ernährungsfragen geplagte Bevölkerung unter verschiedenen falschen Vorspiegelungen in diese staatszerstörende Bewegung hineinzerzt und gegen ihre deutschen Mitbewohner in maßloser Weise zu Mißtrauen und Haß aufreizt. Ich lege endlich entschieden Protest dagegen ein, daß man, wie es geschehen ist, in unverantwortlicher Weise Kinder von 10 Jahren an und Staatsangestellte in diese staatsfeindliche Bewegung hineinlockt und für sie die kirchlichen Machtmittel und die Vertrauensseligkeit der Bevölkerung gegenüber den priesterlichen Beratern in unerhörter Weise ausnützt.

Zu jedem rechtlich Denkenden muß es Empörung auslösen, wenn er sieht, wie man im Norden und im Süden die durch diesen blutigen Abwehrkampf bedingte Gebundenheit und Zwangslage des Staates zur Verwirklichung selbstsüchtiger, dem Gedanken der Völkergemeinschaft, dem Staatsgedanken strikte widersprechende Ziele, in der rücksichtslosesten und gewissenlosesten Weise auszunutzen sucht.

Ich kann es aber — das soll hier gesagt sein — nicht glauben, daß die ruhig und rechtlich denkende deutsche Arbeiterschaft sich eine solche Zwangslage zunutze machen will, um Bestrebungen zu unterstützen, die nach unserer vollen Ueberzeugung in ihren Endfolgen den Ruin gerade jener Glieder des deutschen Volkes zur Folge haben müßten, die ihr nach ihren Verhältnissen am nächsten stehen.

Hohes Haus! Bedenken wir doch alle, daß wir diesen Kampf nicht für uns führen, daß wir diesen Kampf für unsere Kinder und Kindeskinde, daß wir diesen Kampf führen für die Zukunft unseres Volkes und unseres Staates. Gewiß hat man es bedauerlicherweise verabsäumt, in den Ernährungsfragen auf einer sicheren Basis derart Vorkehrungen zu treffen, daß es dem einzelnen ohne Unterschied ermöglicht wird, ohne einseitige, übermäßige und unerträgliche Verkürzung einzelner Gebiete und Schichten der Bevölkerung durchzuhalten, bis uns der von allen erhoffte Friede die Hoffnung auf eine bessere Zukunft eröffnet. Die stiefmütterliche Behandlung, die man in der Ernährungsfrage gerade meinem Heimatland, dem Land Steiermark, zuteil werden ließ, hat unseren stärksten Widerspruch ausgelöst. Wenn hier und anderwärts schon die Herabsetzung der Mehlration eine beunruhigende Bewegung ausgelöst hat, die nunmehr gefährlichen politischen Strömungen Tür und Tor geöffnet hat, so kann man daran erweisen, auf eine wie harte Probe die Geduld der Bevölkerung in zahlreichen Gebieten der Steiermark gestellt wurde, indem man ihr durch Wochen und Wochen kein Mehl und kein Brot, keine Kohle, kein Petroleum, keinen Zucker und sonstige Lebensmittel verabreicht hat.

Meine Herren! Worauf sind die Klagen über mangelnde Versorgung mit Mehl zurückzuführen? Meinest Erachtens einzig und allein auf den Umstand, daß die Regierung ihren gesamten Versorgungsplan auf ganz falsche Grundlagen gestellt hat.

(Zustimmung.) Wer, wie wir, in der Lage war, diesen Grundlagen nachzugehen und sie auf ihre Berechtigung zu prüfen, der ist zu ganz merkwürdigen Ergebnissen gekommen.

Um dies darzutun, genügt es, ganz kurz auf einzelne Daten zu verweisen. Nach diesem Versorgungsplan wurde angenommen, daß das Land Steiermark, welches ein Sechstel der Anbaufläche des Landes Böhmen besitzt, für 6800 Waggon Brotgetreide aus eigenem Lande auskommen soll, während das Land Böhmen, das doch viel besser bewirtschaftet ist und einen viel besseren Boden aufzuweisen hat, für etwas mehr als das Dreifache auszukommen hätte.

Aber noch viel drastischer ist der Vergleich, der nach diesem Versorgungsplan zwischen der Produktionsfähigkeit des Landes Steiermark und jener des Kronlandes Böhmen angenommen wurde. Es wäre danach die Produktionskraft in Steiermark im Vergleich zu den letzten zehn Friedensjahren im Jahre 1917 auf nur 81,8 Prozent herabgesunken. Und was glauben Sie, wie weit nach dem Versorgungsplan, auf dem die Regierung die ganze Versorgung aufgebaut hat, die Produktionsfähigkeit des Landes Böhmen herabgesunken sein soll? Auf 37,4 Prozent! (Hört! Hört!) Nun, es ist ja erklärlich, wie derartige Daten zustande kommen. Wenn man weiter den Durchschnitt der Ernteergebnisse vergleicht, so kommt man darauf, daß dieser Versorgungsplan das Ernteergebnis in Steiermark mit 10,2 Meterzentner pro Hektar angenommen hat, in Böhmen aber nur mit 8,4 Meterzentner. (Abg. Heine: Im deutschen Gebiete Böhmens aber mit 11 Meterzentner!) Im deutschen Gebiete natürlich mit 11 Meterzentner.

Da ist die Ursache dessen zu suchen, daß dieser Versorgungsplan sofort, wie er in Wirklichkeit hätte treten sollen, verfallen müßte. Da muß man sich denn doch fragen: Wieso konnte die Regierung derartige Daten über die Ernteergebnisse und die Anbauverhältnisse ruhig hinnehmen und auf ihnen sogar den ganzen Versorgungsplan aufbauen? Nun, ich habe schon gesagt, das Land Steiermark sollte nach diesem Versorgungsplan für 6800 Waggon Brotgetreide auskommen, und im vorigen Jahre, wo noch altes Getreide vorhanden war, konnte man aus dem Lande Steiermark trotz der schärfsten Requisitionen nur 2000 Waggons . . . (Rufe: Nicht einmal!), nicht einmal 2000 Waggons herausbringen! So sieht es mit diesem Versorgungsplan aus. Diese Art seiner Aufstellung mußte natürlich zu einem vollkommenen Schiffbruch führen.

Der Herr Ernährungsminister hat in den letzten Tagen über Drängen der Arbeiterschaft eine Verordnung erlassen, wonach die Selbstversorger mit den Verbrauchern gleichgestellt werden sollen. Ja, meine Herren, theoretisch wäre dies vielleicht begründet, aber man hat bei uns, im Gegensatz zum tschechischen Teile Böhmens, wo man anscheinend nicht den Mut und nicht die Kraft hat, zu holen, was dort zu holen ist, den Landmann ja schon vollkommen ausgezogen . . . (Zwischenrufe.)

Wissen Sie, wohin es schon geführt hat, daß man ihn mit Requisitionen über Requisitionen gequält hat? Es ist so weit gekommen, daß von der Landbevölkerung, von der sonst so ruhigen Landbevölkerung ein Beauftragter, der eine solche Kommission geleitet hat, erschlagen worden ist. (Zwischenruf.) Wenn man diesen in der Verordnung aufgestellten Grundsatz, daß der Selbstversorger mit dem Verbraucher gleichzustellen sei, allgemein und streng durchführt, dann fürchte ich sehr, daß das eine recht unangenehme Folge haben wird, nämlich die, daß die Landwirte nicht mehr das leisten werden und nicht mehr werden können, was sie heute leisten sollen. Die weitere Folge davon wird sein, daß gerade wieder jene Schichten der Bevölkerung darunter zu leiden haben, die vielleicht nicht in genügender Voraussicht, in nicht genügender Beurteilung dieser Folgen diese Forderung gestellt haben. Theoretisch, sage ich, wäre ja dieser Grundsatz richtig, allein, wenn Sie ihn streng durchführen, wird er voraussichtlich zu diesen Konsequenzen führen.

Es ist begreiflich, daß derartige Verhältnisse den allergrößten Unwillen und Mißmut auslösen mußten und ausgelöst haben. Die Folge davon, daß man einen solchen Versorgungsplan, in welchem Steiermark, was die Ausbringung aus dem Lande anbelangt, so übermäßig gut bedacht war, aufgestellt hat und durchführen wollte, war natürlich die, daß man fort und fort mit den schärfsten Requisitionen vorgegangen ist. Es war aber zwecklos, es hat viel Geld gekostet und hat die Stimmung in der Bevölkerung total verdorben. Ich richte an die Regierung den ersten Appell: Lassen Sie un-

tenländer, die ja so ungeheure Opfer gebracht haben, nicht weiter so leiden, bedrücken Sie sie nicht so weiter, wie dies bisher geschehen ist, insbesondere was Steiermark anbelangt, sonst müßte dort auch in jenen Schichten der Bevölkerung, die bisher alle Unbilden und Entbehrungen des Krieges ertragen haben, die Geduld ein Ende nehmen. (So ist es!) Einen Appell richte ich noch an die Regierung und das ist der: sie möge ihre Pflicht tun in der Richtung, daß die opferwillige und duldsame Bevölkerung des Unterlandes nicht auch noch durch die Ausschreitungen einer schrankenlosen, unverantwortlichen nationalen Agitation beunruhigt und drangsalirt werde. (Zustimmung.) Sie hat zu leiden genug, man verschone sie mit diesen Drangsalierungen und Beunruhigungen. Die Pflicht der Regierung ist es, derartiges zu verhindern und derartigen unerhörten Verhöhnungen endlich einmal ein Ende zu bereiten. Mit diesem Appell schließe ich. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Zur Lebensmittelfrage im Versorgungsbezirke Cilli Stadt.

In der am 18. Jänner 1918 stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung erstattete der Bürgermeister einen ausführlichen Bericht über die Lebensmittelfrage für die kommende Zeit, um der Bevölkerung ein klares Bild über die bestehenden Verhältnisse zu geben. Diese fordern es, entsprechend vorzuzurufen, damit späterhin der Mangel nicht noch empfindlicher an den Einzelnen herantrete, als es jetzt schon der Fall ist. Der Bürgermeister hat die Mitglieder des Gemeinderates, seinen Bericht, der in erster Linie für die Öffentlichkeit bestimmt ist zur Kenntnis zu nehmen, in die Bevölkerung zu tragen und unter der Bevölkerung so weit wie möglich aufklärend zu wirken.

Der Bürgermeister befaßte sich mit den wichtigsten Artikeln, welche für die Versorgung der Bevölkerung in erster Linie in Betracht kommen, dies ist Mehl, Fleisch, Milch, Zucker, Gemüse, Kohle usw.

Was die Mehlversorgung betrifft, so wies er darauf hin, daß die Stadt Cilli schon seit langer Zeit namhaft gekürzt ist, daß sie nicht in jenem Maße Mehl zugewiesen erhielt, wie es nach den Vorschriften der Zentralen zur Versorgung der einzelnen Personen in Vorschreibung gebracht war. Schon seit dem Jahre 1916 habe die Mehlzuweisung eine wesentliche Verkürzung erfahren. Die Bevölkerung habe sich anfangs statt mit 1,40 Kg mit 1 Kg Mehl zufrieden geben müssen. Der Notschrei der Bevölkerung sei in dieser Richtung seinerzeit an die Ohren des Ernährungsministers gedrungen, der im Juli vergangenen Jahres auch die Stadt Cilli besucht hatte. Der Ernährungsminister versprach damals, daß eine Kürzung der Mehlquote von der neuen Ernte an nicht mehr Platz greifen werde und daß vom September 1917 an die volle Quote von 1,40 Kg werde zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich wurden dann einige Wochen hindurch im Monate Oktober die vollen Mehlmengen zugewiesen, es wurde jedoch das Versprechen nur durch wenige Wochen gehalten und die Kürzung mußte abermals auf 1 Kg erfolgen. Auch wurde schon vorher das Versprechen gegeben, daß bei einer eventuell eintretenden Kürzung ein entsprechender Ersatz für die gekürzte Mehlmenge in Röllgerste, Gries, Brein, Teigwaren u. dgl. werde zugeführt werden, sodas der Bevölkerung die ganze Mehlkarte in Ersatzmitteln eingelöst werde. Raum war das Versprechen gegeben, war es auch schon in Nichts zerronnen. Es mußte sich die Bevölkerung abermals die Kürzung auf 1 Kg gefallen lassen, ja sogar mit einer wöchentlichen Mehlquote von 75 Dlg mußte sie sich begnügen. Schließlich wäre die Bevölkerung in der Weihnachts- und Silvesterwoche vollkommen ohne Mehl gewesen, wenn nicht im Einvernehmen mit der Stadtmühle entsprechende Vorräte herbeigeschafft worden wären, die das Stadttamt in die Lage versetzten, der Bevölkerung in den letzten 2 Wochen des Jahres die gekürzte Mehlmenge zuzuweisen. Nun sei seitens des Ernährungsamtes eine Kürzung der wöchentlichen Mehlmenge veröffentlicht worden, nach welcher die Mehlkarte auf 1150 Gramm herabgesetzt wird. Wenn man diese Mitteilung so liest, so müßte für die Bevölkerung eine goldene Zeit hereinbrechen, da ihr (der Bevölkerung) nach dieser neuen Bestimmung nicht mehr 750 Gramm, sondern 1150 Gramm zu-

geteilt werden müßte; denn dies bedeute für uns nicht eine Herabsetzung, sondern eine Erhöhung der Mehlquote. In Wirklichkeit aber werden wir nicht mehr bekommen, sondern wahrscheinlich statt 750 Gramm 500 Gramm. Der Bürgermeister verwies darauf, daß der Wirtschaftsbezirk Cilli Stadt rund 26.000 Personen, darunter 7000 Schwerarbeiter mit Brotkarten betriebe, sodas zur Versorgung derselben bei der oberrahnten Kürzung mindestens 3 Waggons notwendig seien. Tatsächlich aber bekomme der Wirtschaftsbezirk 2.5 Waggons, so daß es einer großen Technik bedarf, um den Bedürfnissen der Bevölkerung zu entsprechen, was bisher nur dadurch möglich war, daß man die Schwerarbeiter in der entsprechenden Anzahl verkürzte. Der Bürgermeister gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Herabsetzung der Mehlquote auf 500 Gramm pro Woche nicht durchgeführt werden wird, da es ja an anderen Bedarfsartikeln vollkommen mangle. Mit Rücksicht darauf, daß alle Zubehöre fehlen, daß für die Kinder, die entsprechend genährt werden müssen, keine Lebensmittel vorhanden seien und daß auch für die Kranken nicht gesorgt ist, wäre der Bevölkerung bei einer Zuweisung von einem halben Kilogramm für 1 Woche ein Weiterleben einfach unmöglich.

Ein zweiter Bedarfsartikel, der von besonderem Wert für die Bevölkerung ist, sind die Kartoffeln. Der Bürgermeister teilte mit, daß für die Stadt Cilli unter Bestimmung einer Kopsquote von 80 Kg für ein Verpflegungsjahr eine Menge von 60 Waggons beansprucht worden ist, daß dann die Quote auf 72 Kg Kartoffeln, d. i. $1\frac{1}{2}$ Kg in der Woche, herabgesetzt worden ist, was einem Erfordernisse von 52 Waggons entspricht. Tatsächlich wurden der Stadt Cilli am Papier etwas über 40 Waggons zugewiesen und man war der Meinung, daß die Kartoffeln des Bezirkes der Stadt werden zugeführt werden. Der Bürgermeister war selbst bei der Kriegsgeweihe-Verkehrsanstalt und hat dort seine Erfahrungen in der Kartoffelfrage mitgeteilt mit dem, daß auch im Vorjahre eine ziemlich große Anzahl von Waggons zugewiesen wurde, wovon nur ungefähr 18 Waggons der Stadt Cilli tatsächlich zur Verfügung standen. Daraus erkläre sich, daß der Bürgermeister nicht in der Lage war, der Bevölkerung die versprochenen Kartoffeln zu verschaffen. Er habe bei der Verkehrsanstalt auch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß er es nicht ruhig hinnehmen werde, bezw. sich nicht „frozeln“ lassen werde, wenn eine ähnliche Versorgung mit Kartoffeln auch heuer Platz greifen sollte. Der Vertreter der Verkehrsanstalt habe ihm hierauf versichert, daß er vollständig beruhigt sein könne. Von den 40 Waggons wurden nun tatsächlich ungefähr 20 geliefert, davon 8 Waggons polnische Kartoffeln. Bemerkenswert ist die Art der Bewirtschaftung der Kartoffeln. Die heimischen Kartoffeln werden verkauft, fremde Kartoffeln werden in faulem Zustande zugeführt. Die Bevölkerung hat auch diese mangels anderer Artikel willig angenommen und war froh, wenigstens Kartoffeln bekommen zu haben. Eine weitere Zufuhr wurde vollkommen unterbunden. Die Versendung von Kartoffeln wurde wegen der Frostgefahr vollkommen untersagt. Wir stehen somit auch in diesem Belange auf dem gleichen Standpunkte wie im Vorjahre; es wurde alles versprochen, aber die Einlösung des Versprechens blieb aus. Wenn die Bevölkerung keine Kartoffeln besitzt, kann sie auf Mehl nicht verzichten. Wenn die Kürzung in einem Falle erfolgt, so kann sie die Kürzung im andern Falle nicht vertragen, die Herabsetzung der einen Quote sollte daher die Erhöhung der anderen Quote zur Folge haben.

Ein weiterer Uebelstand besteht in der Versorgung mit Milch. Im Frühjahr des vergangenen Jahres wurde es dem Stadtkomitee im Zusammenwirken mit der Bezirkshauptmannschaft möglich gemacht, daß durch Requisition in der weiteren Umgebung eine Menge von 2000 Liter Milch täglich hereingebracht wurde. Ein großer Teil davon ging in die Spitäler. Es war aber doch möglich, von der übriggebliebenen Milch der Bevölkerung so viel zuzuführen, daß sämtliche Kranken und kleinen Kinder versorgt und außerdem auch noch ein Teil den Privathaushaltungen zugeführt werden konnte. Schlechtes und mangelndes Futter bewirkten eine bedeutende Verminderung der requirierten Milchmenge, sodas schließlich im September nur mehr 800 Liter Milch aufgebracht wurden. Es mußten insollgedessen zuerst die Privathaushaltungen, schließlich auch die Kranken und zum Teil auch kleine Kinder von der Milchversorgung ausgeschlossen werden. Derzeit ist überhaupt von einer Milchversorgung fast keine Rede. Der Zustand, wie er derzeit ist, wird in der

Folge noch schlechter, weil an Futter ein ganz ungeheurer Mangel ist; die Heumahd war schlecht, die Grummetmahd noch schlechter, dazu kamen noch die Wetterunbilden, Regen und Kälte, wodurch die Weide unmöglich gemacht wurde. Mangel an Futter bedeutet ein Herabsinken der Milchmenge, hat aber auch zur Folge, daß die Landleute die Röhre abgeben müssen, wodurch gleichfalls weniger Milch aufgebracht werden kann. Die Zufuhr der Milch wurde bisher auch dadurch gefördert, daß allen Bauern, welche Milchröhre besaßen und den Nachweis lieferten, daß sie Milch der Stadtbevölkerung zuführen, Kleie zugewiesen wurde. Zu diesem Zwecke wurde zuerst wöchentlich, später vierzehntägig Kleie angesprochen und diese in erster Linie an die Milchlieferanten verteilt, so daß ein ganz geringer Teil für Schweine zur Verfügung stand. Die bäuerliche Bevölkerung trug der Kleiezuwendung Rechnung und brachte ziemlich viel Milch in die Stadt. Nun aber gelangt keine Kleie mehr zur Verteilung und trotz allen Nachdruckes konnte die Futtermittelstelle nicht mehr dazu bewogen werden, entsprechende Mengen von Kleie zuzuwenden. Es wird vielmehr die Kleie dem Mehle zugeführt, zum Teil aber als Futter für Pferde verwendet. Welche Folgen diese Kleieeinstellung nach sich ziehen wird, ist begreiflich. Die Wirtschaftsbesitzer, welche noch Röhre besitzen, werden diese nicht mehr füttern können und die Röhre werden auch insollgedessen keine Milch abgeben können. Die Landleute werden auch kein Interesse mehr haben, die kleine Menge von Milch, die sie noch gewinnen, in die Stadt zu liefern, weil die Gegenleistung durch Kleie nicht mehr erfolgen kann. Insollgedessen müssen wir einer vollkommenen Einstellung der Milchzufuhr entgegensehen.

Im Zusammenhange mit der Futternot geht auch die Fleischnot. Wie bereits hervorgehoben, sind die Viehbefitzer außerstande, sich Futter zu verschaffen und daher gezwungen, das Vieh abzugeben. Es ist zu befürchten, daß im Frühjahr wenig Fleisch vorhanden sein wird. Denn das überflüssige Vieh wird bereits jetzt an den Mann gebracht und später wird nur dasjenige Vieh zur Verfügung stehen, welches zwangsweise abgenommen wird. Es ist somit die Fleischnot unausbleiblich. Die Stadtgemeinde Cilli ist daher daran gegangen, soviel wie möglich Vieh einzukaufen und durch Einpökelung des Fleisches für die Zukunft vorzuzufahren. Dies ist ein Unternehmen, welches vielleicht fehlschlagen kann. Man hofft jedoch, daß hiedurch genügende Mengen eingepökelten oder gesalzenen Fleisches angehäuft werden, um der Bevölkerung zu einer Zeit, wo die größte Fleischnot herrschen wird, damit ausbelfen zu können. Es wird nicht bloß Rindfleisch eingepökelt, sondern auch Schweinefleisch eingelegt, sodas die Stadtgemeinde auch über eine entsprechende Menge von Schweinefleisch verfügen wird. Der Bürgermeister gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß damit zur Zeit der höchsten Not das Auslangen gefunden werden wird und weist darauf hin, daß diese Vorkehrungen seitens der Stadtgemeinde gemacht worden sind, eine Unterstützung seitens der Regierung in der Weise erfolgt, daß unverzinsliche Staatskredite in Aussicht gestellt worden sind. Seitens der Stadtgemeinde sei ein solcher Kredit auch angesprochen worden, bisher sei jedoch die Erledigung dieses Ansuchens noch ausgeblieben.

Sodann wendet sich der Bürgermeister der Fettnot zu. Wie bei allen anderen Bedarfsartikeln, so stellt er auch bei diesem einen ganz empfindlichen Mangel fest. Er weist zuerst auf die Rationierung mit 5 Dlg pro Woche und Kopf und stellt schließlich fest, daß diese Menge nunmehr auf 3 Dlg in der Woche herabgesetzt worden sei, eine Menge, mit der man nicht weiß, was man anfangen soll. Der Mittelstand und die ganz arme Bevölkerung weiß nicht, was hernehmen, um leben zu können.

Das Stadtkomitee war bestrebt, noch zur rechten Zeit Gemüse zu verschaffen und hat zum Zwecke des Ankaufes einen Einkäufer bestellt. Um teures Geld seien Kürbisse und Rüben gekauft und eine große Menge Kraut verangabt worden; es war unmöglich, das Kraut hereinzubringen. Bekanntlich ist in der Umgebung eine große Zahl von Batterien untergebracht. Da auch diesen Batterien nicht die entsprechenden Lebensmittel zugeführt wurden, trachteten sie, sich dieselben im Handeinkauf zu beschaffen, kauften auch das von der Stadt beangabte Kraut, so daß dieser nun nur noch eine kleine Menge Kraut zur Verfügung steht. Es fehlt jedoch der Bevölkerung auch die entsprechende Mehl- und Fettmenge zur Zubereitung des Gemüses, sowie die wichtigsten Lebensmittel. Unter solchen Umständen erscheint es wohl ganz undurchführbar, daß die Mehlquote noch

weiter gekürzt werde, da kein Ersatz dafür geschaffen werden kann.

Ebenso schlecht steht es mit der Versorgung der Bevölkerung auf dem Gebiete der Beleuchtung und Beheizung. Der Bürgermeister erinnert daran, daß seinerzeit das Gaswerk eingestellt werden mußte, da nicht die entsprechende Menge von Gaskosten eingetroffen ist. Durch Sparsamkeit während der Sommermonate konnte man die Gaskostenvorräte soweit anhäufen, daß das Gaswerk wenigstens über die Wintermonate in Betrieb gesetzt werden konnte. Bei einem sparsamen Gasverbrauch (15 Kubikmeter monatlich, bezw. 20 Kubikmeter im Jänner) wird es möglich sein, noch einige Monate durchzuhalten. Der Bürgermeister spricht der Bevölkerung wärmstes Lob aus für die Befolgung der bez. Anordnungen dafür, daß sie die vorgeschriebene Verbrauchsmenge bis auf wenige Ausnahmen eingehalten hat. Es sei zwar begreiflich, daß man auch mit 20 Kubikmeter nicht das Auslangen finden könne, da man für den Kocher allein 15 Kubikmeter brauche. Trotzdem aber mahnte der Bürgermeister zur Sparsamkeit mit dem Hinweis darauf, daß es besser sei, wenigstens über eine kleine Verbrauchsmenge zu verfügen, als wieder eine vollkommene Gasnot eintreten zu lassen.

Ein Ersatz der Beleuchtung durch Petroleum ist ebenfalls unmöglich, da die Zuweisungen von Petroleum zu gering seien; die monatliche Zuweisung an Petroleum beträgt 1950 Liter, an welcher Menge die Kempter und die Bevorzugten beteiligt sind, so daß für die übrigen Verbraucher kaum 1 Liter monatlich verbleibt. Seit November wurde der Stadt Cilli nur die Hälfte der zugewiesenen Menge zugeführt. Die bisherige Verteilung von Petroleum an die Bevölkerung war nur durch eine große Sparsamkeit während der Sommermonate möglich; nun aber seien die letzten Vorräte aufgebraucht. Wenn nicht baldigst Zuschübe erfolgen werden, so wird es auch hier eine ausgesprochene Petroleumnot geben.

Ebenso schlecht oder noch schlechter steht es mit der Beheizung. Im Monate November trat die Kohlenperre ein. Die Verteilung der Kohle besorgte anfangs das Ackerbauministerium; vermutlich insollgedessen der vielen Beschwerden wurde dieselbe an Unterstellen und zwar in Steiermark an die Landeskohlenkommission verwiesen. Diese hat der Stadt Cilli 35 Waggons für Haus- und Küchenbrände, 6.6 Waggons für die Kempter, 1.2 für die Schulen, 7 Waggons für die Approvisionierung und 1 Waggons für die übrigen Betriebe, somit rund 50 Waggons und zwar 25 aus Buchberg, das übrige aus Wöllan zugewiesen. Die ersten Tage wurde die Kohle tatsächlich zugeführt, wir bekamen Kohle von 3 Seiten; schließlich aber nur von Wöllan. Von Buchberg kam keine Kohle. Auf Anfrage wurde geantwortet, daß die Zufuhr mangels Fuhrwerke unmöglich sei, die Stadt möge sich solches selbst beschaffen. Nach vielen Bemühungen gelang es schließlich, ein Fuhrwerk aufzutreiben, welches täglich 22 Meterzentner zuführen konnte. Mit großer Bereitwilligkeit stellte sich nach eingetretener bezüglicher Möglichkeit die Artillerie-Retablierungsstation in Cilli der Stadtgemeinde Pferde und Wagen bei, mit welchen täglich 60 bis 70 Zentner in die Stadt geschafft werden können. Es gebühre dieser militärischen Anstalt der besondere Dank der Stadt für das Entgegenkommen.

Der Bürgermeister weist an einem Beispiele nach, daß mit der zugewiesenen Kohle der Bedarf der Stadt auch nicht annähernd gedeckt werden kann, obwohl in der Bevölkerung noch der Glaube verbreitet zu sein scheint, daß Kohle übermäßig vorhanden sei. So wird der Stadt unter dem Titel Approvisionierung, das sind Bäckereien, Gasthofküchen u. dergl. 7 Waggons monatlich zugewiesen, obwohl der Bedarf der Bäckereien allein, mit Rücksicht auf eine bestehende Verfügung, daß solche, welche Militärbrötchen backen, aus dem Zivilbedarf gedeckt werden müssen, 15 Waggons beträgt. Eine bezügliche Bitte des Bürgermeisters an die Landeskommission sei dahin beantwortet worden, daß Schiebungen in den anderen Kontingenten vorgenommen werden können, wobei der Bürgermeister darauf verweist, daß auch in anderen Kontingenten die Kohlenzuweisung eine so geringe sei, daß eine Schiebung überhaupt nicht erfolgt ist. Schließlich erklärte die Landeskohlenkommission, daß der Bezirk Cilli nicht besser beliefert werden könne als andere.

Weiters verweist der Bürgermeister darauf, daß der Zucker derzeit noch in einer Menge zugewiesen werde, daß nur mit Milch und Not 75 Dekagramm auf den Kopf in der Stadt und in der Umgebungsgemeinde zugewiesen werden können, daß jedoch in dieser Richtung auch eine weitere Kürzung zu befürchten sei, zumal wegen der großen Dieb-

Stähle auf den Bahntransporten, welche auf Rechnung der Approvisionnement gehen und für welche Ersatz nicht beschafft wird.

Der gegebene Ueberblick über die Versorgungsverhältnisse sei somit kein rofiger. Es habe jedoch der Wille der Bevölkerung durchzuhalten, sich glänzend bewährt. Das Amt habe alles unternommen, um den Bedarf der Bevölkerung möglichst zu befriedigen und werde sicher auch weiterhin alle Schritte unternehmen, welche Besserung schaffen können.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters brachte sodin Herr Ing. Wilhelm Kalusch nach ausdrucksvoller Begründung die bereits in unserem letzten Blatte veröffentlichte Entschliessung, welche einstimmig angenommen wurde.

Die Kriegereignisse.

19. Jänner. Die eigentlichen Friedensverhandlungen in Brest haben durch eine Reise Trotski's eine etwa zehntägige Unterbrechung erfahren. — In Italien keine Ereignisse. — An der Westfront lebhafteste Feuerstätigkeit. — Im östlichen Mittelmeere 25.000 Tonnen versenkt.

20. Jänner. Im Westen gesteigerte Artillerietätigkeit. Erfolge der Deutschen. — Im Sperrgebiete um England 19.000 Tonnen versenkt.

21. Jänner. An der Westfront erfolgreiche deutsche Unternehmungen.

22. Jänner. In Flandern wurden englische Vorkräfte zurückgeworfen, in den Argonnen wurden französische Kompanien im Nahkampf abgewiesen. — In einem Seegefecht bei Imbros wurde ein großer und ein kleiner englischer Monitor vernichtet und ein englischer Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt. Der kleine türkische Kreuzer Mi-dilli (früher Breslau) geriet in ein Minensfeld und versank. — Im Norden 22.000 Tonnen versenkt.

23. Jänner. Beiderseits der Brenta lebhafteste Artilleriekämpfe. — An der Westfront bei St. Quentin, Avocourt und Melancourt heftige Feuerkämpfe. — Im Mittelmeer 27.000 Tonnen versenkt.

24. Jänner. An der Westfront rege Erkundungstätigkeit. — In Mazedonien scheiterte am Doiransee ein englischer Vorstoß. — Im Norden 18.000 Tonnen versenkt.

25. Jänner. An der Westfront Wiederaufleben der Gefechtsstätigkeit. — Die deutschen U-Boote versenkten 6 Dampfer und ein Wachsfahrzeug.

Graf Czernin hielt im Delegationsauschuß eine bedeutungsvolle Rede über den Frieden. Gute Erwartungen knüpft er an den Ausgang der Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraina, von wo aus ausgiebige Lebensmittelzufuhr zu erwarten sei. In treffender Weise erwiderte Graf Czernin auf die sogenannten Friedensforderungen Wilsons und wandte sich sehr wirksam gegen den Kriegsverlängerungswahnsinn der österreichischen Sozialdemokratie.

Aus Stadt und Land.

Todesfall. In Laibach starb am 19. d. der Generalmajor Herr Maximilian Haller, inspizierender General des Armeekorps, Komtur des Franz Josef-Ordens mit dem Stern und der Kriegsdekoration, Ritter des Leopoldordens m. d. Rd. und Besitzer vieler hoher Auszeichnungen. Die Leiche wurde nach Graz gebracht.

Ernennungen im Landesdienst. Der Landesauschuß hat dem mit der Leitung der Landeskuranstalt Rohitsch-Sauerbrunn betrauten Oberlandrat Herrn Dr. Franz Mulli den Titel eines Oberdirektors verliehen und den bisherigen Direktor der Kuranstalt Bad Radem Herrn Ludwig Lochbiller zum Brunnendirektor der Landeskuranstalt Rohitsch-Sauerbrunn ernannt.

Trauung. Am 19. Jänner wurde in Sonobitz Herr Statthaltersekretär Dr. Ernst Mayerhofer mit Fräulein Gertrude Kadunig, Tochter des Bürgermeisters und Distriktsarztes Herrn Doktor Adolf Kadunig, getraut. Das neuvermählte Paar trat eine Reise nach Deutschland an.

Die Fleischausweiskarten für die Stadt im Sinne der Kundmachung vom 14. Dezember 1917 sind am 28., 29. und 30. Jänner in den Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags beim Stadtkassier abzuholen. Die Reihenfolge wird folgend bestimmt: Nr. der Broikarte (neu) 1 bis 300 am 28. Jänner von 9 bis 12 Uhr vormittags, 301 bis 650 am 28. Jänner von 3 bis

5 Uhr nachmittags, 651 bis 950 am 29. Jänner von 9 bis 12 Uhr vormittags, 951 bis 1300 am 29. Jänner von 3 bis 5 Uhr nachmittags, 1301 bis 1600 am 30. Jänner von 9 bis 12 Uhr vormittags, 1601 bis 1930 am 30. Jänner von 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Eine Bergwerksbahn in Untersteiermark. Die k. k. Berg- und Hüttenverwaltung in Gitsi hat um die Baubewilligung einer schmalspurigen, 4,5 Kilometer langen Bergwerksbahn zwischen Buchberg und der Station Sachsenfeld angesucht. Streckenbegehung am 29. und 30. d.

Die Schulgebäude in Gitsi. Die Abgeordneten Marköl und Genossen brachten beim Landesverteilungsminister und beim Unterrichtsminister über die städtischen Schulgebäude in Gitsi eine Anfrage ein. In der Anfrage wird u. a. ausgeführt: Die Anfrage über die dringende Notwendigkeit der Freigabe der städtischen Schulgebäude für Zwecke des Unterrichtes blieb unbeantwortet und alle vom Bürgermeister von Gitsi und dem Unterfertigten unternommenen Schritte blieben erfolglos. Mit 15. Dezember 1917 wurde das Garnisonsspital 9 von Gitsi nach Trieste rückverlegt, wodurch sich die Möglichkeit ergab, das in den städtischen Schulgebäuden untergebrachte Reservespital in jene Räumlichkeiten zu verlegen, in denen bisher das Garnisonsspital untergebracht war. Es wurden rechtzeitig die zur Erreichung dieser Verlegung notwendigen Schritte unternommen und dabei darauf verwiesen, daß die bisher im Garnisonsspital belegt gewesenen Räumlichkeiten für das Reservespital vollkommen zureichend seien. Dessen ungeachtet findet das in den elenden Schulverhältnissen begründete Verlangen der Stadt Gitsi bei den militärischen Stellen kein Gegenkommen. Die Zurückverlegung der städtischen Schulen in die städtischen Schulgebäude möge alsbald durchgeführt werden. — Wie wir vernehmen, wurde nun für die Freigabe der Schulgebäude Vorsorge getroffen.

Evangelische Gemeinde. Morgen Sonntag findet um 10 Uhr vormittags wieder im Gemeindefaale des evangelischen Pfarrhauses ein öffentlicher Gottesdienst statt, wobei Herr Vikar Lohmann predigen wird.

Nach dem Tode ausgezeichnet. Dem vor dem Feinde gefallenen Leutnant im J. R. 47, Toni Simonisek, Besitzer des Signum laudis mit den Schwertern und des Karl-Truppentkreuzes, wurde nunmehr auch das Militärverdienstkreuz 3. Klasse mit der Kriegsdekoration und den Schwertern, sowie die bronzene Militärverdienstmedaille am Bande des Militärverdienstkreuzes mit den Schwertern, verliehen. Der junge Offizier, ein Gitsier, zog im Sommer 1915 mit Begeisterung gegen den Welschen und kämpfte baselbst mit kurzen Unterbrechungen bis zum 4. September 1917, an welchem Tage er als Sturmkompaniekommandant durch ein grausames Schicksal seiner Familie, deren einziger Sohn er war, entrisen wurde.

Gefunden wurden mehrere Gelbbeträge. Die Verlustträger können gegen Nachweis des Eigentumes diese Beträge beim Stadtkassier Gitsi beheben.

Versehung bei der Südbahn. Versetzt wurden der Resident Stefan Beloglavac von Marburg Kärntnerbahnhof nach Marburg Hauptbahnhof; die Assistenten Wilhelm Stroblitz von Reifnig-Fresen nach Klamm Schottwien, Hugo Misch von Pragerhof nach Graz, Albin Weber von Windischfeistritz nach Marburg und der provisorische Assistent Friedrich Perme von Donawitz nach Ebefen.

Für den Witwen- und Waisenfond des 87. Inf. Reg. spendeten: Mehrere Unteroffiziere des 87. Inf. Reg. in dankbarer Erinnerung an ihren beliebten Kommandanten Hauptmann Schmidl, welcher den Heldentod gefunden, anstelle eines Kranzes den Betrag von 20 K., die Familie Skrabl anstatt eines Kranzes für die verstorbene Frau Straub 6 K.

Soldatenbegräbnisse. In den letzten Tagen wurden nachfolgende Soldaten, welche in den hiesigen Spitälern gestorben sind, am städtischen Helden-Friedhofe beerdigt: am 24. d.: Inf. Vinzenz Tabina, J. R. 87, Trainsoldat Johann Pospisil, Inf.-Reg. 3.

Oberlehrer Kolletnig †. Aus Windischfeistritz wurde geschrieben: Nicht unerwartet dennoch erschütternd kam die Trauernachricht von dem Hinscheiden des allbekannten, beliebten Oberlehrers an der Umgebungsschule, des Herrn Franz Kolletnig, welcher am 19. d. in Graz nach einer schweren Operation im Alter von 52 Jahren seine müden Augen für immer schloß. Der Verewigte war in Marburg geboren und wirkte 28 Jahre hier als Schulmann. Oberlehrer Kolletnig hing mit ganzem Herzen an seinem Berufe, an der Jugend. Sein reiches Wissen und Können, sein klarer durchdrin-

gender Verstand, sein inniges Gemüt und seine wertvollen Erfahrungen befähigten ihn, seinen Schülern nicht nur ein tüchtiger Lehrer, sondern auch ein väterlicher, ein fürsorglicher Erzieher und Berater zu sein. Auch seinen trauernden Kollegen und Kolleginnen wird der Entschlafene unvergeßlich bleiben. Was er für richtig erkannte, an dem hielt er fest, ohne zu wanken und blieb seinen Grundsätzen treu in allen Stürmen des Lebens. Sein reichhaltiges Wissen, die Liebe zur Natur, zur Poesie und zu seinem angestammten Volke waren ihm stets ein Quell neuer reiner Freude. Die Liebe zu seinem Volke, die er offen und ehrlich trotz seines Anstellungsverhältnisses bekannte, brachte ihn im Jahre 1908 in den Gemeinderat und reiste in ihm die Anregung zur Gründung der hiesigen deutschen Schule. Sein Leben trug er wie ein Held, flaglos und ruhig sah er dem unvermeidlich kommenden mit Ergebung entgegen. Kollektiv war eine Zierde der Lehrerschaft; er war auch Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule, Obmann des Verschönerungsvereines, Direktorstellvertreter des Wechselseitigen Vorwärtsvereines und gehörte lange Zeit dem Tururats an. Mögen alle, die ihn kannten, ihm ein treues Gedenken bewahren.

Das Ergebnis der Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe beträgt in Steiermark rund 302 Millionen Kronen, übersteigt daher jenes der 6. Kriegsanleihe um nahezu 30 Millionen. Die Zeichnungen der Sparkassen erreichten diesmal die außerordentlich hohe Summe von 135 Millionen. Zu dem ausgezeichneten Erfolge hat die unermüßliche Werbetätigkeit des steirischen Lehrerbundes sehr viel beigetragen, welcher außer einer Hauptverbestelle in Graz an allen Schulen des Landes Sammelstellen errichtet und dadurch die Propaganda bis in die entlegensten Gemeinden des Landes getragen hat.

Ein Verband der deutschnationalen Parteien. Die Vorstände der sechs deutschnationalen Parteien des Abgeordnetenhauses beschloßen einstimmig, sich zu einem Verbandszusammenschließen, der den Namen führt: „Verband der deutschnationalen Parteien im österreichischen Abgeordnetenhause.“ Die Verbandsleitung liegt in den Händen eines 25 gliederigen Ausschusses, in welchen die Deutsche Agrarpartei 7, die Deutschnationalen 6, die Deutschnationalen 5, die Deutschnationalen Vereinigung 4, das Deutsche Zentrum 2, die Deutsche Arbeiterpartei ein Mitglied entsendet. Die Parteiobermänner sind als solche Mitglieder des Ausschusses. Zum Obmann wurde einstimmig durch Jurist Abg. Waloner, zu Obmannstellvertreter Wolf und Sylvester gewählt. Es wurde sogleich in die Aussprache über die politische und praktische Lage eingegangen und beschloßen, durch den Obmann im Namen des neuen Verbandes eine Erklärung abgeben zu lassen. Der neugegründete Verband zählt 94 Mitglieder. Mit Ausnahme der Abgeordneten Heilingner und Redlich sind alle Abgeordneten des früheren Nationalverbandes in dem neuen Verbands vereinigt.

Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Die tschechischen Abgeordneten haben in einer Anfrage behauptet, daß die deutsche Anfrage betreffend das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg unter anderem eine wörtliche Abschrift der Anklageschrift gegen Dr. Kramarsch und Genossen sei und daß daher jetzt erst die Juristen und die Öffentlichkeit Gelegenheit haben werden, die gegen Dr. Kramarsch und Genossen erhobenen Beschuldigungen auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Diese Behauptung der tschechischen Abgeordneten entspricht aber durchaus nicht den Tatsachen, denn der Anklageschrift gegen Doktor Kramarsch wurde für die deutsche Anfrage auch nicht eine Zeile entnommen. Die deutschen Abgeordneten haben überhaupt vermieden, in ihrer Darstellung des Verhaltens der Tschechen im Kriege auch die Tätigkeit der tschechischen Abgeordneten zu behandeln. Darüber wird die Bevölkerung noch bei einer anderen Gelegenheit aufgeklärt werden. Sie sahen ihre Aufgabe lediglich darin, entgegen den zahlreichen tschechischen Behauptungen, daß die Tschechen im Kriege ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande voll und ganz erfüllt hätten, an der Hand unwiderleglicher Dokumente die historische Wahrheit über das Verhalten der Tschechen im allgemeinen rein sachlich und objektiv festzustellen. Dies war um so leichter möglich, als man in der Lage war, vor allem die Tschechen und ihre befreundeten Stellen selbst zu Worte kommen zu lassen. Die Anfragsteller haben aus allen Kreisen der Bevölkerung ungemein zahlreiche Zustimmungskundgebungen und Anfragen erhalten, so daß sich die Deutschnationalen Geschäftsstelle Wien, 8. Bez., Fuhrmannsgasse 18 a, entschloß, die Anfrage in kürzester Zeit in ihrem Verlage in Buchform erscheinen zu lassen. Der Preis wird 7 Kronen betragen. Da die Auflage beschränkt ist,

empfehlte sich die Vorausbestellung bei obigem Verlage. Das Werk wird nur gegen Vereinsendung des Betrages oder Nachnahme zugesandt. Der breitesten Öffentlichkeit wird so Gelegenheit geboten, das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg einwandfrei kennen zu lernen.

Schaubühne.

Wir müssen noch die beiden Aufführungen „Großstadtluft“ und der „Dunkle Punkt“ erwähnen, ehe wir auf den „Blau suchs“ zu sprechen kommen. Ueber die beiden ersten Lustspiele ist, was deren Stellung in der Bühnenliteratur und -Geschichte anlangt, nichts Neues zu sagen. „Großstadtluft“ schaut auf eine gute Vergangenheit zurück und wirkt trotz einiger Veraltungen doch im großen Ganzen durch alte und ältere Spässe und Erfindung. Das Stück wurde gut und flott gespielt, wobei besonderer Erwähnung die Herren Sünsberg, Rainz, Rasch und Alexander, die Damen Börken, Wolf, Korn und Sarolta verdienen. „Der dunkle Punkt“ wurde bereits im vorigen Jahre auf unserer Bühne gegeben, sodaß sich eine eingehendere Besprechung dieses Stückes erübrigt. Erwähnenswert ist das gute und eindrucksvolle Spiel Karl Heinz, der in ernsteren Rollen mehr zu fesseln weiß, als in leichteren und der sich immer mehr und mehr zu einem tüchtigen Künstler entwickelt. Seine zwei Auftritte waren die besten Eindrücke des Abends. Gut im Spiel war Spielleiter Rasch, besonders im letzten Akte, in dem er auch Gelegenheit hatte, ernste Töne anzuschlagen und tiefere Wirkung zu erzielen. Sehr gut war Hardtmuth in der Rolle des adelstolzen Dummkopfes, dem schließlich selber ein dunkler Punkt in die Familie — man kann nicht sagen: hineinschneit, sondern muß sagen: hineinruft. Die übrigen Mitspieler waren ebenso gut bei der Sache, daß es eine befriedigende, abgerundete Vorstellung gab. — Das Ereignis der bisherigen Spielzeit bildete der am vergangenen Mittwoch gegebene „Blau suchs“. Zur Beurteilung des Stückes genügt es, zu sagen, daß es ein echt ungarisches Stück sei. Der Verfasser verwendet einen einzigen, guten Einfall von — Alexander Dumas und reitet auf diesem Einfall durch alle drei Akte hindurch. Es wäre also ein trauriges Stück, wenn es der Verfasser — Dichter kann man in keinem Falle sagen — es nicht verstünde, durch mehr oder minder geistreiche Wendungen im Zwiegespräche, etwa auch durch einige Geschmacklosigkeiten, die ja der größeren Menge immer mehr behagen, die Sache flüssiger und genießbarer zu machen. Also immerhin ein „amüsanter“ Stück, dem man nichts Sinnliches nachsagen kann, das mehr durch seine freie Unsitlichkeit wirken will und — wirkt. Aber es ging eben sooft über die Bretter, daß sich das Urteil abstumpft, spielt ja in Wien die Constantin darin. Und bei uns in Gili Freda Börken. Börken hat der Constantin sicherlich so Manches abgelautet, ja sie spielt stellenweise Betonungen so, daß man sich sagen muß, sie hat die Constantin in dieser Rolle eigentlich selber studiert, in der Rolle gesehen und gelernt. Das ist gewiß kein Vorwurf, im Gegenteil, wer lernen will, ist der Achtung wert und so war das Spiel Freda Börkens wohl aller Achtung wert. Ihr allein kann das Stück den Erfolg danken, den es hatte. Neben Börken ist Karl Heinz zu nennen, der unsere obigen Angaben wiederum bestätigte. Er wächst sich zu einem sehr guten Darsteller aus, je höhere Ziele er sich steckt. Wenn ihm vielleicht gerade der letzte Schluß ungarischen Raffinements auch noch fehlte, so ist das eher ein Lob für ihn, als ein Tadel. Sehr gut war wiederum Hardtmuth in der Rolle des Professors, dieses ungläublichen „Menschen“ (kann man eigentlich nicht mehr sagen), denn seine Philosophie, die scheinbar überlegene Weisheit ist, ist doch eigentlich nichts anderes als die Dummheit eines Zuhalters ins Besser Gesellschaftliche übersezt. Hardtmuth wurde seiner Aufgabe vollkommen gerecht. Daß Fr. Hilbrand noch

sehr viel aus der Theaterschule zu verlernen hat, hoben wir schon neulich hervor und wurde uns neuerlich durch das wohl mutvolle, aber noch zu sehr im Schülerhaften stehende Spiel bewiesen Herr Alexander faßte seine Rolle rein komisch auf. Man könnte darüber streiten. Man könnte die Rolle auch vollkommen ernst spielen. Welche Auffassung die künstlerischere ist, bleibe dahingestellt. Tatsache ist es, daß die Auffassung Alexanders der Mehrzahl gefiel und damit ist der Rolle genug geschehen. Es war ein lohnender Abend, deren wir uns noch viele wünschen.

Bl. 618.

Kundmachung

betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Dörrobst und Pflaumen-(Zwetschken)mus.

Zusolge Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 17. Dezember 1917, R.-G.-Bl. Nr. 488, bezw. der k. k. Statthalterei in Graz vom 7. Jänner 1918, L.-G. u. V.-Bl. Nr. 1, werden nachstehende Höchstpreise für Dörrobst und Pflaumen-(Zwetschken)mus kundgemacht:

Erzeugerpreise:

Beim Verkaufe von Dörrobst oder Pflaumen (Zwetschken)mus durch den Erzeuger dürfen die nachstehenden Höchstpreise nicht überschritten werden:

1. Dörräpfel

und zwar: für Bohräpfel, Apfelspalten (Apfelschnitzel, Mondspalten) und Apfelflögen K 400.—

2. Dörrbirnen

und zwar: a) für große Dörrbirnen, ganz oder geteilt K 400.—
b) für mittelgroße Dörrbirnen, ganz (Birnkloben) oder geteilt „ 300.—
c) für kleine Dörrbirnen (Birnkloben) ganze Früchte „ 200.—
d) für gedörrte Waldbirnen, das sind gedörrte Holzbirnen „ 150.—

3. Dörrpflaumen (Zwetschken)

und zwar: a) für Originalware, das sind nicht beschädigte Früchte (ohne Rücksicht auf die Stückzahl) K 200.—
b) für Backware, das sind beschädigte Früchte „ 150.—

4. Pflaumen (Zwetschken)mus

für Pflaumen (Zwetschken)mus (Lequar, Powidl) und zwar für gut gekochte, kern- und brandfreie, aus frischen Zwetschken hergestellte Ware K 270.—

Die vorstehenden Höchstpreise verstehen sich für 100 kg netto gut getrocknete, haltbare Ware und zwar für Dörräpfel, Dörrbirnen und Dörrpflaumen ausschließlich der Verpackung, für Pflaumenmus einschließlich der Verpackung.

Sie schließen die Kosten der Zufuhren bis zur nächst erreichbaren Eisenbahn- oder Schiffstation, zum nächst erreichbaren Postamt, oder wenn die Beförderung mittels Bahn, Schiff oder Post ausgeschlossen oder unwirtschaftlich wäre, zum sonstigen Bestimmungsorte und weiters die Kosten der Verladung, bezw. der Aufgabe zur Post oder bei Lieferung unmittelbar zum Bestimmungsorte der Entladung in sich.

Kleinhandelspreise.

Beim Verkaufe von Dörrobst oder Pflaumen-(Zwetschken)mus im Kleinhandel, das ist bei der unmittelbaren Abgabe an den Selbstverbraucher, dürfen die nachstehenden Höchstpreise nicht überschritten werden:

1. Dörräpfel

und zwar: für Bohräpfel, Apfelspalten (Apfelschnitzel, Mondspalten) und Apfelflögen K 5-60

2. Dörrbirnen

und zwar: a) für große Dörrbirnen, ganz oder geteilt „ 5-80
b) für mittelgroße Dörrbirnen, ganz (Birnkloben) oder geteilt „ 4-60
c) für kleine Dörrbirnen (Birnkloben) ganze Früchte „ 3-40
d) für gedörrte Waldbirnen, das sind gedörrte Holzbirnen „ 2-75

3. Dörrpflaumen (Zwetschken)

und zwar: a) für Originalware, das sind nicht beschädigte Früchte (ohne Rücksicht auf die Stückzahl) K 3-12
b) für Backware „ 2-56
c) für doppelte etuierte (überhitzte) Dörrpflaumen (in Kisten) „ 4-04

4. Pflaumen-(Zwetschken)mus

und zwar: für Pflaumen-(Zwetschken)mus (Lequar, Powidl) und zwar für gut gekochte, kern- und brandfreie, aus frischen Zwetschken hergestellte Ware K 3-88

Diese Preise verstehen sich für je 1 kg gut getrocknete, haltbare Ware inländischer oder ausländischer Herkunft.

Zu widerhandelnde werden streng bestraft.

Die Kleinhandelspreise gelten ohne Rücksicht auf die Herkunft der Ware, also insbesondere auch für Dörrzwetschken und Zwetschkenmus bosnischer und serbischer Provenienz. Die Aufbringung des Dörrobstes geht noch immer äußerst schleppend und in ungenügendem Ausmaße vor sich, vielfach werden teils in Unkenntnis, teils in bewusster Uebertretung der Vorschrift des § 4, Absatz 1 und 2 der Verordnung vom 1. September 1917, R.-G.-Bl. Nr. 368 die erzeugte Dörrobstmengen nicht an die Bevollmächtigten des Dörrobstsyndikates, sondern im Wege des Schleichhandels angeführt. Der in der oben angeführten Verordnung festgesetzte Anzeig- und Anbottermin (15. November) ist bereits verstrichen. Um aber die Aufbringung dieses für die Volksernährung überaus wichtigen Lebensmittels unlichst zu steigern, wird der Ablieferungstermin bis zum 30. Jänner 1918 erstreckt, wobei gegen jene Erzeuger, die den Anbotstermin verstreichen ließen, einstweilen von einer Bestrafung noch Umgang genommen werden. Hiegegen wird gegen jene Erzeuger, die auch diesen Termin verstreichen lassen, mit unnachsichtlicher Strenge vorgegangen werden.

Stadtamt Gili, am 17. Jänner 1917.

Der Bürgermeister: Dr. v. Jabornegg.

Zum Wiederaufbau von Görz

5% ige

Anteilscheine

des gemeinnützigen Wohnungsfürsorgevereines Graz u. Görz zu 50, 100 und 150 Kronen.

Verkaufsstelle:

K. k. priv. steierm. Eskomptebank Graz.

Wohnungsfürsorgeverein, Graz Auersperggasse 14.

Maschinschreibunterricht.

Lehrbefähigter Maschinschreiblehrer erteilt Unterricht im Maschinschreiben und Stenographie zu sehr mässigen Preisen. Auskünfte erteilt Hans Blechinger, Sekretär i. R.

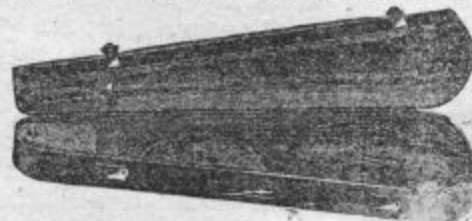
Wenzl Schramm,

Kaiser Wilhelmstrasse Nr. 14 - Gili - Kaiser Wilhelmstrasse Nr. 14

Reichhaltiges Lager in Violinen, Gitarren, Zithern, Mandolinen, Mund- und Ziehharmonikas, Violinkästen und dergleichen

Goldklang-Lauten

Bestandteile für sämtliche Musikinstrumente. Beste Violin- und Zithersaiten



Absolvierte Gewerbeschülerin, gelernte Schneiderin, bittet in einem Gemischtwarengeschäft als

Lehrmädchen

unterzukommen. Auskunft bei Frau Staudinger, Wiener-Hutsalon.

Visitkarten liefert rasch und billigst Vereinsbuchdruckerei Celeja.

Zl. 1103/18

Kundmachung.

Die **Fleischausweiskarten** für die Stadt im Sinne der Kundmachung vom 14. Dezember 1917 (Zl. 903/18) sind am **28., 29. und 30. Jänner** in den Stunden von 9—12 Uhr vormittags und von 3—5 Uhr nachmittags beim Stadttamte abzuholen.

Die Reihenfolge wird folgend bestimmt:

Nr. der Brotkarte (neu)

1—300	am 28.	Jänner	von 9—12 Uhr	vormittag
301—650	am 28.	"	3—5	nachmittag
651—950	am 29.	"	9—12	vormittag
951—1300	am 29.	"	3—5	nachmittag
1301—1600	am 30.	"	9—12	vormittag
1601—1930	am 30.	"	3—5	nachmittag

Stadttamt Cilli, am 26. Jänner 1918.

Der Bürgermeister: Dr. von Jabornegg.

Deutschösterreichs Geschäftsweiser 1918

(Deutschösterreichs Adressbuch) 3. Jahrgang
mit Kalender, Vormerkblättern und nützlichen Aufsätzen für den täglichen Gebrauch, ein **Anschriftenwerk deutscher selbständiger Handel- und Gewerbetreibender Oesterreichs**. Preis: 6 Kronen und Postgebühr. Erscheint in den nächsten Wochen. — Wir bitten alle Volksgenossen, Vereine und Körperschaften schon heute Vorausbestellungen auf dieses für völkische Belange hochwichtige Jahrbuch mittelst Postkarte zu senden an die Verwaltung desselben:

Wien 3, Obere Bahngasse Nr. 22.

Drucksorten Vereinsbuchdruckerei
„Celeja“ Cilli.
Liefert zu mäßigen Preisen

Zur Beachtung!

Beehre mich, meinen sehr geehrten Kunden die Mitteilung zu machen, daß ich den Betrieb meiner **Bau- und Kunstschlosserei und der :: Wasserleitungsinstallation ::** wieder aufgenommen habe, alle vorkommenden **Neuarbeiten, Reparaturen u.f.w.** gewissenhaft und gut ausgeführt werden und bitte mich bei Bedarf mit recht zahlreichen Aufträgen gütigst zu beehren.
Fernsprecher Nr. 10/VIII :: Hochachtungsvoll

Anton Kofler

Bau- und Kunstschlosserei, beh. Konz. Wasserleitungs-Installateur
Cilli, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 47.

Hausverkauf

Hermannsgasse 11, vier Wohnungen mit je drei parkettierten Zimmern samt Zugehör, drei Balkone, Wasserleitung, elektrische Beleuchtung, Gemüsegarten. Vermittler ausgeschlossen.

Kleiner Besitz

samt Fahrnissen in der Umgebung von Cilli zu kaufen gesucht. Zuschriften mit Preisangabe und näherer Beschreibung des Besitzes erbeten unter „Bar 23532“ an die Verwaltung d. Bl.

Für die liebevollen Beweise warmer Teilnahme an dem so schmerzlich betroffenen Verluſte danke ich im eigenen und im Namen der Familienangehörigen recht herzlich.

Maria Stefanie Drefscha.

Cilli, im Jänner 1918.

Militärverpflegsmagazin in Marburg.

Strohaufschliessung.

Das ist das Kochen des gehäckselten Strohes mit Lauge, wodurch der Nährwert desselben dem des Heues ziemlich gleichgestellt wird. Für diese Art der Verarbeitung werden **Industrien, auch landwirtschaftliche Betriebe gesucht.**

Bewerber können die näheren Weisungen bei obiger Anstalt Eisenstrasse 16 in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags einholen.

Verwaltungskommission
des k. u. k. Militärverpflegsmagazins in Marburg.

Aufforderung der Militärtaxpflichtigen zur Meldung.

Auf Grund des Gesetzes vom 10. Februar 1907, R.-G.-Bl. Nr. 20, haben sich alle Militärtaxpflichtigen bis zum Erlöschen ihrer Militärtaxpflicht alljährlich im Monat Jänner bei jener Gemeinde zu melden, in welcher sie am 1. Jänner dieses Jahres ihren Wohnsitz haben.

Die wegen eines 1600 K nicht übersteigenden Einkommens oder aus anderen Gründen zu gewärtigende oder im Vorjahre eingetretene Befreiung von der Personaleinkommensteuer oder von der Dienstersatztaxe enthebt nicht von der Verpflichtung zur Meldung.

Die Meldung kann entweder schriftlich oder mündlich geschehen. Schriftliche Meldungen haben durch Einsendung zweier in allen Rubriken mit leserlicher Schrift vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllter Meldeformulare an die Gemeinde zu erfolgen. Meldeformulare sind bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft und bei der Gemeindevorsteherung unentgeltlich erhältlich. Die Einsendung der Meldungen genießt in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern die Portofreiheit.

Die Meldeformulare sind derart eingerichtet, dass sie, zusammengefaltet und adressiert, ohne Verwendung eines besonderen Umschlages der Post übergeben werden können.

Mündliche Meldungen werden von der Gemeinde in beide Meldeformulare eingetragen.

Meldungen, welche durch eine Mittelsperson erstattet werden, entheben den Meldepflichtigen nicht von der Verantwortung für die Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtung.

Meldepflichtige, welche die vorgeschriebene Meldung nicht rechtzeitig oder in wesentlichen Punkten unvollständig erstatten, können mit Geldstrafe bis 50 K belegt werden. Militärtaxpflichtige, welche sich in ihren Meldungen wesentlich Verschweigungen oder unwahrer Angaben schuldig machen, verfallen — insofern die Handlung nicht den Tatbestand einer nach dem allgemeinen Strafgesetze zu ahndenden strafbaren Handlung begründet — in Geldstrafen bis 500 K, bei Vorhandensein besonders erschwerender Umstände bis 1000 K. Die verhängten Geldstrafen werden im Falle ihrer Uneinbringlichkeit in Arreststrafen verwandelt.

Uebrigens steht es im Falle nicht rechtzeitig oder unvollständig erstatteter Meldung der politischen Behörde frei, auf Grund der bekannten oder von Amts wegen zu erhebenden Daten die Veranlagung der Militärtax ohne weiteres vorzunehmen.

Stadttamt Cilli, am 9. Dezember 1917.

Der Bürgermeister: Dr. Heinrich v. Jabornegg.

Glashandlung J. Weiners Nachfolger sucht einen

Lehrling

Anbote an D. Rakusch, Cilli.

Wohnung

2-3 Zimmer, Küche und Zubehör, wird von ruhigen Mieter zum ehesten Bezüge gesucht. Anträge an die Verwaltung d. Bl. 23508

Altpapier

alte Bücher, Akten, Papierabfälle etc. **Knochen**

kauft zu höchsten Preisen die Einkaufsstelle der Knochen-Zentrale **Neugasse 8.**

Studentenkostplatz

ist zu vergeben. Anschrift in der Verwaltung d. Bl. P

Rosshaare Borsten

u. Schweinshaare kauft zu besten Preisen **Ignaz Schimenz**

Bürstenmacher **Kaiser-Wilhelm-Strasse Nr. 8.**

Einkauf von

Hadern aller Art

Jute

Neutuchabfälle

Knochen

Schweineborsten

Pferdeschweife

Korke neu und gebrauchte kaufen gegen bare Bezahlung jedes Quantum zu den besten Preisen.

M. Thorinek & Co.

Neugasse 8.

Hansierer und Händler werden besonders berücksichtigt.

Lehrling

der deutschen und slowenischen Sprache mächtig, wird aufgenommen bei Franziska Walentschak, Kamin-egermeisterswitwe in Cilli.

Zinshaus

in Marburg, zwei Stock hoch, Hof und Garten, für Geschäft geeignet, zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung d. Bl. 23552

Zweifenstriges unmöbliertes Zimmer

im 1. Stock ab 1. Februar zu vermieten. Schulgasse Nr. 13, 1. Stock bei del Orto.

Lehrjunge

mit guter Schulbildung und beider Landessprachen mächtig, wird sofort aufgenommen. Anzufragen in der Verwaltung d. Bl. 23555

Eine Flüchtlingsfrau verlor auf dem Wege Bahnhof zur Sparkasse 2500 K. Der redliche Finder wird gebeten, den Betrag gegen guten Finderlohn in der Verwaltung d. Bl. abzugeben. 23553

1 Paar Damenschuhe

Nr. 36 mit Rehleder gefüttert zu haben Karl-Traungasse 8, I. Stock.

Möbl. Zimmer

sofort zu vergeben. Anzufragen Karolinengasse Nr. 11, I. Stock links.

2 Schlosser- gesellen

bei guter Entlohnung und ein Lehrjunge werden aufgenommen bei Anton Kossar, Bau- und Kunstschlosserei, Wasserleitungsinstallateur, Kaiser-Wilhelmstrasse Nr. 47.

Damen- Frisierstube- Eröffnung



Beehre mich den geehrten Damen von Cilli und Umgebung bekannt zu geben, daß ich mit 30. Jänner meine Damenfrisierstube eröffne. Es werden somit ab 30. Jänner **Damen-Kopfwaschungen** mit elektrischem Trockenapparat, **Ondulieren, Kreppen, Frisieren**, sowie **alle Haararbeiten** zu den billigsten Tagespreisen ausgeführt. ♦ Ich mache gleichzeitig die geehrten Damen darauf aufmerksam, daß nur an Wochentagen von 1/2 9—12 Uhr vormittags und von 2—7 Uhr abends **Kopfwaschungen** vorgenommen werden und Sonntags von 8—12 Uhr nur **onduliert, gekrepp** und **frisirt** wird.

Um recht zahlreichen geneigten Besuch bittet achtungsvoll

Adolf Stelzer

Herren- und Damenfriseur, Cilli, Hauptplatz Nr. 20.

Gasthaus „Zur Kahnfahrt“ in Sawodna.

Sonntag den 27. Jänner

: KONZERT :

der Tamburaschenkapelle.

Beginn 3 Uhr nachm. Eintritt frei. — Hiezu ladet höflichst ein

Der Gastwirt FRANZ KNES.

Ausweis

über die im städt. Schlachthause in der Woche vom 14. bis 20. Jänner 1918 vorgenommenen Schlachtungen sowie die Menge und Gattung des eingeführten Fleisches.

Name des Fleischers	Schlachtungen bzw. eingeführtes Fleisch in ganzen Stücken										Eingeführtes Fleisch in Kilogramm									
	Stiere	Ochsen	Kühe	Kalbinnen	Kälber	Schweine	Schafe	Biegen	Ferkel	Lämmer	Zicklein	Stiere	Ochsen	Ruf.	Kalbinnen	Kalb.	Schwein.	Schaf.	Biegen	Pferde
Bracic Peter	150
Friedrich Johann	.	3
Junger Ludwig	3	.	14	.	.	47	34	.	.	140
Kossar Ludwig	.	1	1	.	.	1
Blevedal Franz
Rebeuschegg Franz	.	11	1	1	.	.	1
Sawodnig Andreas	.	3	1	1	30
Sellat Franz	.	1	1	2
Stelzer Josef
Suppan Johann	.	1	.	2	.	.	.	1
Zany Viktor	.	.	9
Gastwirte
Private	.	24	9	7	46	16

Grösstes Spezialgeschäft Cillis in Fahrrädern und Nähmaschinen.

Grosses Lager in Negerräder, Puchräder, Waffenräder

Fahrräder von 120 K aufwärts. **Grosse Reparaturwerkstätte.**

Alleinverkauf!

Alleinverkauf!

Singer-Nähmaschinen von 65 K aufwärts.



Alte Fahrräder werden eingetauscht

Anton Neger, Mechaniker, Cilli, Herrengasse 2

Sämtliche Bestandteile, Luftschläuche, Mäntel, Sättel, Pedale, Laternen, Ketten, Lager, Freilaufnaben, Pumpen, Schlüssel, Ventilschläuche, Griffe, Bremsgummi, Lenkstangen, Glocken, Gummilösung, Hosenhalter, Oel, Kugeln u. s w. Elektrische Taschenlampen und Batterien. **Ratenzahlung**

